

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
**2. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung und
Verwaltungsentwicklung der Stadt Haan**
am Dienstag, dem 16.06.2026 um 17:00 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:00 Uhr

Ende:
20:03 Uhr

Vorsitz

Stv. Godehard Büskens

CDU-Fraktion

Stv. Tobias Kaimer

AM Adrian Kürten

Stv. Justin Landwehr

anwesend bis 19.58 h

AM Volker Lowitsch

Stv. Dr. rer. nat. Ulrike Peterseim

SPD-Fraktion

AM Dagmar Fach

AM Gerd-Peter Heinrichs

Stv. Simone Kunkel-Grätz

Stv. Jens Niklaus

WLH-Fraktion

AM Ernst Adam

Stv. Meike Lukat

AfD-Fraktion

Stv. Monika Birk

Stv. Thomas Ringel

GAL-Fraktion

Stv. Tabea Haberpursch

AM Christian Markus

Die Linke

Stv. Tobias Rath

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

anwesend bis 19.58 h

Bürger Union

Stv. Harald Giebels

Schriftführung

VA Sigrid Nippe

Vertreter des Seniorenbeirates

AM Tom Hegermann

Bürgermeister

Bürgermeister Vincent Endereß

1. Beigeordnete

1. Beigeordnete Annette Herz

anwesend bis 18.45 h

Verwaltung

VA Christian Bruhy

VA Dominic Büsselmann

VA Rebecca Ruhaas

Der Vorsitzende Godehard Büskens eröffnet um 17:00 Uhr die 2. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Digitalisierung und Verwaltungsentwicklung der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

Der **Vorsitzende Godehard Büskens** verpflichtet das neue Ausschussmitglied Adrian Kürten.

Der **Vorsitzende Godehard Büskens** stellt fest, dass der Antrag der WLH-Fraktion zum Thema Bauaufsicht fristgerecht eingegangen ist und unter TOP 6 beraten wird.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es gibt auf Nachfrage des **Vorsitzenden Godehard Büskens** keine Meldungen über Befangenheit.

2./ Bericht des Digitalisierungsbeauftragten

Protokoll:

VA Christian Bruhy stellt den Bericht des Digitalisierungsbeauftragten vor.

Auf die verschiedenen Nachfragen aus dem Ausschuss ergänzt **VA Christian Bruhy**, dass das LoRaWAN-Netzwerk (Smart City) der Stadt Haan 80 % des Stadtgebietes abdeckt. Dieses werde jedoch nicht bis zum 1. Januar 2027 vollständig umgesetzt, da in den nächsten ein bis zwei Jahren weitere Schritte in dem Bereich passieren werden.

Um die Online-Dienste bei den Bürgerinnen und Bürgern bekannt zu machen, informiert Herr Bruhy an den verschiedensten Stellen in der Stadt Haan, wie z.B. beim Bürgerverein, bei der AWO oder auch bei Bürgerveranstaltungen, wie dem Digitaltag 2026 am 25.06.2026.

Auf die Nachfragen zu Smart City bittet **Bürgermeister Endereß**, sich den Bericht

des letzten AWDV anzusehen, in dem dies ausführlich dargestellt wurde.

VA Christian Bruhy führt auf Wunsch zum Stand der digitalen Bauakte aus, dass das Fachamt an das Bauportal angeschlossen sei und es eine E-Akte im Bauverfahren gebe. Im Haushaltsplan 2027 seien die Mittel entsprechend eingestellt, so dass dann begonnen werden könne. Zur Interkommunalen Zusammenarbeit kann Herr Bruhy berichten, dass die Städte Monheim, Langenfeld und Wülfrath in diesem Bereich bereits digitalisiert seien.

Bürgermeister Endereß bestätigt, dass dieser Bereich für den Haushaltsplanentwurf 2027 vorgesehen sei und das Scannen bzw. der Wunsch der Zusammenarbeit Teil der IKZ-Liste zum HFA sein werde. Für das Aktenscannen werde die Verwaltung versuchen, einen Partner zu finden.

3./ Zeitliche Verschiebung der kw- Vermerke auf den Stellen 51/115, 51/117, 51/119 Kita-Helfer/in
Vorlage: 10/032/2026

Protokoll:

AM Gerd-Peter Heinrichs begrüßt, dass der kw-Vermerk abhängig von der Laufzeit der Förderung gesetzt wird und fragt nach der Anzahl der momentan geförderten Stellen bei der Stadt Haan und nach entsprechenden Maßnahmen, wie die Mitarbeitenden im Rahmen von Personalentwicklung bzw. vom Personalrat betreut werden.

VA Rebecca Ruhaas kann ad hoc keine konkrete Anzahl von geförderten Stellen benennen und erläutert, dass ihre Maßgabe zukünftig sei, geförderte Stellen mit einem entsprechenden kw-Vermerk im Stellenplan zu führen. Eine dahingehende strategische Personalentwicklung bei der Stadt Haan gebe es nicht und natürlich könne es sein, dass die Mitarbeitenden die Stadtverwaltung verlassen, wenn es keine Perspektive für eine dauerhafte Stelle gebe.

Stv. Meike Lukat begrüßt, dass die Förderung noch ein weiteres Jahr laufe und hofft auf eine weitere Verlängerung im Kitabereich.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Haan stimmt der zeitlichen Verschiebung der kw-Vermerke der Stellen 51/115, 51/117, 51/119 Kita-Helfer/in, dahingehend zu, dass diese erst mit Ablauf des letztmöglichen Förderzeitraums zu realisieren sind.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

4./ Nachtragsstellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2026 Vorlage: 10/039/2026

./ **Dringlichkeitsantrag der WLH-Fraktion vom 04.06.2026 - Bauaufsicht Möglichkeiten der Entlastung und Unterstützung (Über die Aufnahme auf die Tagesordnung wird zu Beginn der Sitzung entschieden)**

Protokoll:

Die **1. Bgo. Annette Herz** geht auf die Anfrage der WLH-Fraktion ein, die sie aufgrund der Kurzfristigkeit mündlich beantwortet; die schriftliche Beantwortung folgt.

Anmerkung zu Protokoll: Die schriftliche Beantwortung der Anfrage ist im RIS hochgeladen.

Rechtsgrundlage für die Personalbemessung für das Jugendamt ist § 79 Abs. 3 SGB VIII: „Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben für eine ausreichende Ausstattung der Jugendämter und der Landes-jugendämter einschließlich der Möglichkeit der Nutzung digitaler Geräte zu sorgen; hierzu gehört auch eine dem Bedarf entsprechende Zahl von Fachkräften. Zur Planung und Bereitstellung einer bedarfsgerechten Personalausstattung ist ein Verfahren zur Personalbemessung zu nutzen.“ Dies hat 51 mit eigenen Mitteln für die Abt. 51-1 getan und entsprechende Stellenmehrbedarfe für den Stellenplan 2024 angemeldet, jedoch wurde stattdessen entschieden, eine Organisationsuntersuchung für das gesamte Jugendamt vorzunehmen. Der JHA war darüber informiert. Die Mittel wurden i.R.d. Haushaltsbeschlüsse zur Verfügung gestellt.

Eine Organisationsuntersuchung 2020 durch die GPA fand nicht statt. Das gehört nicht zu ihrem Aufgabenportfolio. Die GPA hat damals den Bereich Hilfe zur Erziehung (HzE) geprüft und in diesem Zusammenhang auch Kennzahlen verglichen. Der Bereich HzE stellt nur einen kleinen Teilbereich des Amtes 51 dar. Es wurde u.a. die Falldichte pro VZÄ betrachtet. Da lagen wir etwas über dem Median, was zu einem geringfügigen Stellenzuwachs führte. Der Median ist jedoch keine belastbare Größe, da nur Hilfeplanfälle gezählt wurden. Der Bericht erwähnt, dass sich die positiven Werte aus der niederschweligen, präventiven Arbeit des BSD (heute Familien- und Erziehungshilfe - FEH und Eingliederungshilfe - EGH) ergeben. Diese Fälle sind keine Hilfeplanfälle, die Arbeitsbelastung an dieser Stelle wurde also gar nicht durch die GPA geprüft (was fachlich korrekt ist, da die Fragerichtung sich nicht auf die Arbeitsbelastung bezog, sondern auf den effektiven Einsatz der HzE-Mittel). Die Personalbemessung beruht auf Prozessbeschreibungen, was so auch von der GPA angeregt wurde.

Die Neuorganisation 2022 fiel sehr schlank aus: Trennung Vormundschaften/Beistandschaften, Umwandlung der Stelle Kita-Fachberatung in Kombination Abteilungsleitung und Kita-Fachberatung (Anhebung der Stelle von 0,8 auf 1,0 und Neubewertung).

Seither gab es zahlreiche gesetzliche Änderungen, die zu einem Mehraufwand für 51 führten: Kinder- und Jugendstärkungsgesetz, Jugendgerichtsgesetz, Landeskinderschutzgesetz, Vormundschaftsgesetz. Der Eindruck der Führungskräfte des Amtes 51 von einer zu hohen Arbeitsbelastung hat sich durch die mit Eigenmitteln durchgeführte Personalbemessung sowie durch die extern durchgeführte Personalbemes-

sung vollständig bewahrheitet. Die Kosten für BSL belaufen sich auf 22.334,81 €. Die Beauftragung fand auf Basis eines Vergabeverfahrens statt.

Stv. Michael Ruppert zeigt sich erstaunt über die zusätzlichen 6,5 Stellen nach der Verabschiedung des Haushaltes und verweist auf den stetig steigenden Stellenplan seit 2005. Er fragt nach den angekündigten umfangreichen Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen.

Bürgermeister Endereß verweist auf die inhaltlichen Erläuterungen zu den Stellenmehrbedarfen und die im JHA am 17.06.2026 vorgesehene Präsentation und Erläuterungen durch die Firma BSL.

Zusätzliche Stellen würden nun noch für die Organisationsabteilung anfallen, da man die eklatanten Defizite in diesem Bereich sehe, um durch vernünftige Steuerung die Anforderungen der Politik erfüllen zu können. **Bürgermeister Endereß** würde sich freuen, wenn man die Stellenanforderungen für das Jugendamt inhaltlich im JHA beraten würde, um den Ausschussmitgliedern gerecht zu werden.

AM Gerd-Peter Heinrichs bedankt sich für die klaren Worte, da die Signale seit geraumer Zeit im JHA gesetzt wurden. Darüber hinaus bekräftigt er den Ausbau der strategischen Organisationsentwicklung und möchte wissen, wie viele Stellenanträge bereits angemeldet wurden und welche Organisationsprozesse jetzt anstehen. Herr Heinrichs gibt zu bedenken, dass für qualifiziertes Personal ein Einstiegsbereich von EG10 nicht sehr attraktiv und eine Qualifizierung von Mitarbeitenden immer zeitintensiv sei und fragt nach der Darstellung als Beamtenstellen.

VA Rebecca Ruhaas weiß um die besondere Schwierigkeit und Bedeutung der Abstufung von EG10 zur EG11. Sie verweist auf die Haushaltssituation und die deshalb niedrigere anvisierte Ausweisung nach der Entgeltgruppe EG10. Auf die Frage nach den bereits vorliegenden Anträgen benennt Frau Ruhaas 45 Anträge, die eigentlich alle noch von der Organisationsabteilung geprüft werden müssten. Dies sei in den letzten Jahren nicht möglich gewesen. Um darüber hinaus Einsparungen und Umstrukturierungen benennen zu können, seien die beantragten Stellen ebenfalls erforderlich; auch aktualisierte Stellenbeschreibungen seien momentan nicht möglich. Die KGST nehme pro Bewertung (Tarifbeschäftigte und Beamte) einer Stelle über 1.000,- €, max. fünf einfache Bewertungen (nur Tarif oder nur Beamte zu jeweils rund 700,- €) pro Jahr waren über die KGSt aktuell beauftragt. Eine große Organisationsuntersuchung für das komplette Jugendamt sei auch mit den neuen Stellen sicher nicht möglich, kleinere Untersuchungen schon. Aber durchaus die strukturierte Begleitung von großen Untersuchungen würde möglich werden. Frau Ruhaas möchte diese Chance für Haan auf den Weg bringen und gleichzeitig auch den Haushalt im Blick behalten; daher die geringere Gehaltseinstufung.

Die **1. Bgo. Annette Herz** macht deutlich, dass es im Interesse aller Fachämter sei, von der Organisationsabteilung intensiver begleitet zu werden, wenn diese Stellen geschaffen und besetzt würden.

Stv. Meike Lukat zeigt sich erstaunt über die erneute Abstimmung des Stellenplanes, ohne die Nennung einer Gegenfinanzierung. Um die Stellenanhebungen im Jugendamt diskutieren zu können, benötige man den Gesamtbericht von BSL. Aufgrund der zur Verfügung gestellten Infos und fehlender Gegenfinanzierung sehe sie im heutigen Ausschuss keine Abstimmung, sondern erst im HFA.

Die **1. Bgo. Annette Herz** erläutert, dass die Präsentation durch BSL ausschließlich im JHA geplant war. Die verteilten Unterlagen (Gesamtdokumentation) seien komplett. Es gebe lediglich zusätzlich eine Excel-Liste, die intern als Werkzeug diene, um Änderungen bei der Personalbemessung auf der Basis der Fallzahlenentwicklung zukünftig eigenständig vornehmen zu können. Sie bekräftigt, dass man sich mit den vorliegenden Erläuterungen eine gute Übersicht verschaffen könne.

In der nachfolgenden Diskussion teilen CDU, SPD und Die Linke mit, dass sie für die Pflichtaufgaben im Jugendamt stimmen werden. Die AFD-Fraktion schließt sich der WLH-Fraktion hinsichtlich der fehlenden Informationen und der Abstimmung im HFA an.

Auf den Hinweis von **Stv. Meike Lukat**, zuerst die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit zu prüfen, teilt **Bürgermeister Endereß** mit, dass die zur Abstimmung stehenden Stellen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit nicht vorstellbar seien.

Stv. Michael Ruppert bemängelt, dass einige der geforderten Stellen nicht komplett aus Pflichtaufgaben bestehen. Es sei Aufgabe des Bürgermeisters und des Verwaltungsvorstandes, den Stellenplan effektiv und wirtschaftlich zu organisieren.

Stv. Harald Giebels macht deutlich, dass diese Personalausgaben zukünftig im Haushalt nicht mehr zu tragen seien. Herr Giebels ist ebenfalls für die Verschiebung in den HFA, da die heute zugestellten Unterlagen nicht mehr mit der Fraktion diskutiert werden konnten.

Stv. Tobias Kaimer weist auf die nicht nur pflichtigen, sondern auch wichtigen und richtigen Stellen hin. Der AWDV sei der Fachausschuss, der zu entscheiden habe. Sonst könne man diesen zukünftig auch abschaffen.

AM Gerd-Peter Heinrichs möchte die Verantwortung nicht nur auf die Verwaltungsspitze schieben. IKZ sei erstrebenswert, aber den Stellenplan hierüber sanieren zu können, sei blauäugig.

Stv. Meike Lukat verweist noch einmal auf die interkommunale Zusammenarbeit und die Prüfung durch die Verwaltung, welche Aufgaben ausgelagert werden können.

**4.1. 1. Nachtragsstellenplan 2026 hier: Zusätzlicher Stellenanteil von 1,50 VZÄ
/ für die Familien- und Erziehungshilfe (FEH)
Vorlage: 10/033/2026**

Protokoll:

Stv. Meike Lukat vermisst in der Vorlage eine möglicherweise städteübergreifende Lösung, um Fixkosten im Rahmen von IKZ einzusparen.

Die **1. Bgo. Annette Herz** erläutert, dass die Personalbemessung anhand der Fall-

zahlen in Haan zu den entsprechenden Empfehlungen gekommen sei. Seit mindestens zwei Jahren sei der Bereich unterbesetzt. Der hohe Fachkräftemangel sei bekannt und lange Arbeitswege, die im Rahmen von IKZ entstehen würden, seien unattraktiv. Darüber verringert interkommunale Zusammenarbeit nicht die für die beteiligten Kommunen zu bearbeitenden Fallzahlen. Bisher habe es in Haan nur funktioniert, da in dem Bereich eine überdurchschnittliche Verantwortungsbereitschaft und ein unterdurchschnittlicher Krankenstand existiere. Seit langem seien es die Kolleginnen und Kollegen gewohnt, sich einzuschränken, Desksharing werde schon seit langer Zeit praktiziert aufgrund der schwierigen Raumsituation in der Landesfinanzschule. Die Stadt Haan sei auch aufgrund der Räumlichkeiten kein attraktiver Arbeitgeber, auch wegen der fehlenden Perspektive für einen Verwaltungsneubau. IKZ habe hier keinen Nutzen, da die Fälle in Haan vorliegen und die Verwaltung kann die Verantwortung nicht tragen, wenn etwas passiert. IKZ wurde in allen Fällen geprüft und würde nichts einsparen.

Auf Nachfrage erklärt **Bürgermeister Endereß**, dass man sich mit den Verwaltungen und nicht mit den Ausschussvorsitzenden der anderen Städte abstimme. Außerdem müsse man bei IKZ auch zusätzliche Aufgaben übernehmen und kann nicht nur auslagern.

Stv. Monika Birk fragt nach den Umsetzungsanalysen und nach strategischen Personalstrukturen. Es fehle ihr an einer vernünftigen Ausarbeitung.

Stv. Meike Lukat fragt nach dem zusätzlichen Raumbedarf im neuen Rathaus und den daraus entstehenden Kosten. Diese Angaben über weiterführende Kosten fehlen in jeder Sitzungsvorlage. Man müsse das Gesamtpaket betrachten und sie hoffe auf Beantwortung ihrer eingereichten Fragen im HFA.

Bürgermeister Endereß berichtet, dass es Null bis drei konkrete Arbeitsplätze für diese Stellen sein werden, da die Stadtverwaltung den Rahmen für flexible Arbeitszeiten schaffe.

Stv. Meike Lukat wiederholt den Antrag der WLH-Fraktion zur Verschiebung in den HFA.

Darüber hinaus fordert sie für die einzelnen Stellen die Angabe des Raumumfanges, der entsprechenden Kosten und der Gegenfinanzierung.

Auf Nachfrage des Bürgermeisters, ob zukünftig für jede Vorlage eine Gegenfinanzierung dargestellt werden solle, erwidert **Stv. Meike Lukat**, dass die neue Geschäftsordnung des Rates die Darstellung einer Gegenfinanzierung bei ergänzenden Anträgen vorsieht.

Der **Vorsitzende Godehard Büskens** stellt fest, dass der gesamte TOP 4 in den HFA geschoben wird.

4.2. 1. Nachtragsstellenplan 2026, hier: Zusätzlicher Stellenanteil von 0,10 VZÄ für die Amtsvormundschaften
Vorlage: 10/034/2026

4.3. 1. Nachtragsstellenplan 2026, hier: Zusätzlicher Stellenanteil von 0,50 VZÄ Fachadministration
Vorlage: 10/036/2026

4.4. 1. Nachtragsstellenplan 2026, hier: Zusätzlicher Stellenanteil von 1,00 VZÄ Sozialarbeiter*in im Flemingtreff
Vorlage: 10/035/2026

4.5. 1. Nachtragsstellenplan 2026, hier: Zusätzlicher Stellenanteil von 0,75 VZÄ für die Fachberatung Kita
Vorlage: 10/037/2026

4.6. 1. Nachtragsstellenplan 2026, hier: Zusätzlicher Stellenanteil von 2,00 VZÄ Organisationsmanagement und -entwicklung und 0,50 VZÄ Operative Sachbearbeitung, allg. Verwaltung
Vorlage: 10/038/2026

5./ Festlegung der Kennzahlen Amt 23 für den Haushaltsplan und Antrag der WLH-Fraktion vom 29.03.2026
Vorlage: 23/003/2026

Protokoll:

Vertreter von CDU, FDP und SPD halten die Auflistung der Kennzahlen für zu kleinteilig und können dem so nicht zustimmen bzw. empfehlen der Verwaltung, die Vorlage zurückzuziehen.

Bürgermeister Endereß erwidert, dass dies die Kennzahlen seien, die beeinflusst werden können. Die Abwanderung oder Ansiedlungen von Unternehmen auf Haaner Stadtgebiet könne man nicht in dem Maße beeinflussen, dass daraus Kennzahlen abzuleiten seien. Die Zustimmung zur Ansiedlung müsse bspw. durch den Rat getroffen werden. Die Erweiterung weiterer Flächen müsste dann durch den Rat mit übergeordneten Stellen geklärt werden.

Die Wirtschaftsförderung habe außerdem neue Impulse gesetzt, wie z.B. mit dem Ladenlokal mitte.haan.

Stv. Tobias Rath schlägt eine Umfrage bei den ortsansässigen Unternehmen vor, wie sie sich von der Wirtschaftsförderung unterstützt fühlen.

Stv. Monika Birk hat ebenfalls ein anderes Verständnis von Kennzahlen. Diese sol-

len dazu dienen, Ziele im Blick zu haben und Abweichungen festzustellen.

AM Ernst Adam stellt klar, dass die Anfrage der WLH-Fraktion nicht zur Bürokratisierung beitragen, sondern die strategischen Ziele der Wirtschaftsförderung darstellen sollte: Was wurde erreicht bzw. wo muss nachgesteuert werden.

Stv. Jens Niklaus hält es für einen gangbaren Weg, dass die Wirtschaftsförderung regelmäßig ein Update im AWDV gibt. Auf seine Nachfrage, ob die Stadt Haan nicht mehr bei der Exporeal dabei ist, erwidert **Bürgermeister Endereß**, dass die Teilnahme aus Konsolidierungsgründen auf Kreisebene eingestellt wurde. Die Stadt Düsseldorf hatte das Angebot gemacht, sich an deren Stand zu platzieren. Hier habe man sich aber aus Kosten-/Nutzengründen dagegen entschieden.

Stv. Meike Lukat stellt dar, dass der Antrag der WLH gestellt wurde, um Messgrößen im Haushalt darzustellen. Dann könne man immer noch im Fachausschuss darüber beraten. Sie könne dem Verwaltungsvorschlag nicht folgen und hoffe, dass man die heutige Diskussion zum nächsten AWDV mitnehme und sinnvolle Kennzahlen darstellt. Diese könnten z.B. sein, die Einzelhandelsfläche bleibt unverändert, die Verwaltung bringt Maßnahmen zum Leerstandsmanagement und stellt das Ergebnis vor (z.B. x Flächen wurden in Wohnungen umgewandelt), welche Projekte laufen bei mitte.haan – wie wird der Erfolg gemessen, ist es das Ziel eines Frequenzbringers, die Befragung von Teilnehmenden hätte stattfinden müssen. Sie erwarte Ideen und strategische Ziele mit messbaren Vorgaben im Haushaltsplan.

Bürgermeister Endereß zeigt ein anderes Verständnis von Wirtschaftsförderung und verwehrt sich dagegen, dass das Projekt mitte.haan wegen fehlender Kennzahlen schlechtgeredet werde. Eine Aufschlüsselung hätte keinen Nutzen. Es seien lediglich Kennzahlen aufgeführt, die von der Verwaltung zu beeinflussen sind.

Stv. Tobias Kaimer sieht keine Abstimmung zu den vorgelegten Kennzahlen. Eine Zufriedenheitsquote der Unternehmen könne man abfragen oder einen Wirtschaftstag durchführen. Für einen Wirtschaftstag müssten dann aber auch entsprechende Mittel in den Haushalt eingestellt werden.

Stv. Monika Birk sieht die Möglichkeit, auch Unterziele am Beispiel des Ladenlokals mitte.haan festzulegen. Darüber hinaus würden Fakten, Zahlen und Ziele fehlen.

Bürgermeister Endereß sieht für dieses zeitlich begrenzte Projekt keine Möglichkeit der Erhebung und hält diese auch nicht für zielführend.

Stv. Michael Ruppert sieht für den Haushalt Daten, über die man bestimmte Entwicklungen ableiten kann, wie. z.B. Arbeitslosenquote, Leerstände.

Stv. Meike Lukat teilt mit, dass die WLH den Beschlussvorschlag zu 1. ablehnen werde. Sie schlägt vor, z.B. als einfache messbare Größe den Umsatz des Stadtgut-scheins pro Jahr aufzulisten. Ein weiteres Ziel könnte die Umwandlung der Dauer-leerstände in Wohnfläche sein.

Bürgermeister Endereß weist darauf hin, dass die Leerstandsquote nicht beeinflussbar sei, da die Stadt nicht Eigentümer der Ladenlokale ist. Was man machen

könnte, wäre die Ansprache von Eigentümern zur Umwandlung geeigneter Flächen, was wiederum nicht gewünscht sei. Hierzu müsste vom Ausschuss ein entsprechender Auftrag kommen.

Stv. Tobias Kaimer sieht die Darstellung von Kennzahlen als wenig aussagekräftig, wenn die Stadt nicht als Eigentümer fungiert. Es sei eine große Herausforderung, vernünftige Kennzahlen zu benennen. Oft gingen hier Theorie und Praxis weit auseinander.

Beschluss:

Der ursprüngliche Beschlussvorschlag „Die Kennzahlen zu 1. werden in den Haushaltsplan aufgenommen.“ wird von den Ausschussmitgliedern abgelehnt und **Bürgermeister Vincent Endereß** formuliert auf Wunsch des **Vorsitzenden Godehard Büskens** folgenden neuen Beschlussvorschlag für den nächsten AWDV:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem nächsten Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Verwaltungsentwicklung drei bis fünf strategische Ziele zur Abstimmung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen

6./ Dringlichkeitsantrag der WLH-Fraktion vom 04.06.2026 - Bauaufsicht Möglichen der Entlastung und Unterstützung (Über die Aufnahme auf die Tagesordnung wird zu Beginn der Sitzung entschieden)

Stv. Meike Lukat verweist auf den Antrag der WLH-Fraktion, mit dem man die Mitarbeitenden des Amtes für Bauaufsicht und Denkmalschutz schützen wollte. Sie verweist auf die Amtsleitung, die dies auch begrüßen würde.

VA Rebecca Ruhaas stellt den aktuellen Status des Amtes dar. Im Stellenplan 2025 seien derzeit insgesamt 6,5 VZÄs im Amt 63 verortet, wobei ein VZÄ auf die Amtsleitung entfällt.

Vor dem Hintergrund der angespannten Situation für 2026 habe man bereits für den Stellenplan 2026 zwei weitere VZÄs beantragt und im Haushalt fest verortet. Hiervon habe man im Vorgriff der Genehmigung des Haushalts bereits 1,00 VZÄ dem Bereich Ende 2025 zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurde ein Auszubildender in seinem letzten Ausbildungsabschnitt zur Unterstützung in Amt 63 eingesetzt und wird nach Abschluss der Ausbildung für ein weiteres Jahr für Verwaltungstätigkeiten in Amt 63 zusätzlich eingesetzt. Aus ihrer Sicht sei dies eine sehr gute personelle Ausstattung.

Bürgermeister Endereß bekräftigt, dass man mit dem Rahmen bereits ans Äußerste gegangen und auch weiterhin der Überzeugung sei, dass die Stellen notwendig sind. Mit dem Auszubildenden habe man eine gute Lösung gefunden, um Spitzen abzudecken. Die jetzige Personalausstattung sei auskömmlich, um Eingänge fristgerecht

abzuarbeiten und Altfälle geordnet aufzuarbeiten.

Stv. Tobias Kaimer merkt an, dass die zwei zusätzlichen Stellen erst einmal besetzt werden müssten, bis ein Großteil der Altfälle abgearbeitet sei. Dann müssten diese Stellen mindestens mit einem kw-Vermerk versehen werden oder komplett wegfallen.

Stv. Meike Lukat berichtet, dass vom Amtsleiter dargestellt wurde, dass von den 6,5 Stellen tatsächlich nur 1,5 Stellen besetzt seien und die Amtsleitung selbst in die Sachbearbeitung involviert sei. Frau Lukat bittet um Darstellung der 100 %-igen Besetzung im nächsten AWDV.

Bürgermeister Endereß hält die Darstellung im nächsten SPA für sinnvoller. Der Bericht über 1,5 besetzte Stellen sei für ihn nicht nachvollziehbar. 5,5 Stellen plus Amtsleitung ergeben 6,5 besetzte Stellen. Wenn das Amt nur 1,5 Stellen hätte, wären die Führungsaufgaben so gering, dass es geboten wäre, Sachbearbeitungstätigkeiten auszuführen. Außerdem sei es gelebte Praxis, dass Amts- und Abteilungsleitungen durchaus regelmäßig Sachbearbeitungstätigkeiten ausführen.

7./ Beantwortung von Anfragen (6.)

zu **Anfrage zum Glasfaserausbau**
Antrag: ANF/088/2026

Protokoll:

Bürgermeister Endereß zeigt sich ebenfalls unzufrieden mit der Entwicklung. Es handele sich jedoch um ein rein wirtschaftliches Unternehmen, das ohne Förderung arbeite und der Einfluss der Stadt Haan marginal sei. Es gebe eine Excel-Liste, die jedoch unter das Betriebsgeheimnis fällt. Die Verwaltung werde aber fragen, ob die Infos daraus geteilt werden dürfen.
Anmerkungen zu Protokoll: Das Unternehmen hat die Darstellung der Verwaltung bestätigt.

Stv. Tabea Haberpursch wundert sich, dass die UGG die Straßen schriftlich informiert, die sich für den Anschluss entschieden hatten.

Bürgermeister Endereß erwidert, dass die Liste zwar mit farblichen Markierungen ohne Erklärung existiert; diese jedoch von Mitbewerbern gedeutet werden könne und somit habe man keine Berechtigung, diese weiterzuleiten.

8. Mitteilungen
(7.)/

Protokoll:

Es gibt keine Mitteilung im öffentlichen Teil der Sitzung.

Der Vorsitzende Godehard Büskens schließt um 19.45 h den öffentlichen Teil der Sitzung.